Erscheint 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einschl. 80 Pfg. bzw. 40 Pfg. Trägerlohn 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich Postübermittlungsgebühr, zuzüglich 36 Pfg. Post-Bestellgeld. Einzelnr. 10 Pfg., Sonnabend- und Festtags-Nr. 15 Pfg. Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf des Bezugszeit schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Unsere Träger dürfen keine Abbestellungen entgegennehmen.

Sächsische Volkszeitung

Nummer 80 — 39. Jahrg.

Verlagsort Dresden.
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 6 Pfg.; für Familienanzeigen 4 Pfg.
Für Platzwünsche können wir keine Gewähr leisten.

Schriftleitung: Dresden-A., Pulserstraße 17, Fernruf 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und Verlag Th. und G. Winkel, Pulserstraße 17, Fernruf 21012, Postscheck: Nr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 9707

Freitag, 5. April 1940

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, eintretender Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Werbungtreibende keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. Erfüllungsort ist Dresden.

Ausdehnung der Blockade auf die Adria

Berlin, 5. April. „Stampa" meldet am Mittwochabend eine Ausdehnung der englischen Blockade auf das Adriatische Meer. Dort seien englische Kriegsschiffe aufgetaucht und hätten drei jugoslawische Frachtdampfer angehalten, die mit Bauxit, dem Rohstoff des Aluminiums, nach italienischen Häfen unterwegs waren.

Das Blatt bemerkt, diese Art der Blockadeverschärfung komme höchst überraschend. Wenn auch bereits die zwischen Italien und den Vereinigten Staaten verkehrenden Schiffe im Mittelmeer angehalten worden seien, so bilde doch die Tatsache, daß die britische Flotte Blockade-Operationen in der Adria vornehme, eine Neuigkeit, deren bedeutungsvolle Tragweite niemandem entgehe.

•

Die Meldung der Turiner „Stampa" wird jetzt aus englischer Quelle bestätigt. Dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Expreß" zufolge sind Einheiten der britischen Flotte im Adriatischen und Aegäischen Meer zur Erweiterung der Blockade eingesetzt worden.

Mehr als einstündige Unterredung Mussolini-Badoglio

Rom, 5. April. Mussolini empfing den Generalstabschef der italienischen Wehrmacht, Marschall Badoglio, und hatte mit ihm eine mehr als einstündige Unterredung über Fragen der militärischen Vorbereitung Italiens.

Die „Mauretania" auf der Flucht in Honolulu eingetroffen

Berlin, 5. April. Wie der Londoner Nachrichtendienst meldet, ist die „Mauretania" auf ihrer Flucht nach Australien in Honolulu eingetroffen. Das Schiff hat sich dort verproviantieren und dann seine Reise über den Pazifik antreten.

Abfuhr für kanadischen Kriegstreiber

Newyork, 5. 4. Eine Rede des Justizministers des Staates Ontario (Kanada), Conant, in der die USA aufgefordert wurden, sich am Krieg gegen Deutschland zu beteiligen, wurde von Senator Nye scharf kritisiert. Es sei bedauerlich, daß die Kanadier die Beteiligung der USA an einer Sache verlangten, über die sie selbst im Zweifel seien. Für die USA stehe in dem Krieg in Europa nichts auf dem Spiel, was das Leben auch nur eines einzigen USA-Bürgers wert sei.

Wie England sich den Balkankrieg denkt

Ein neuer Beitrag zum Thema Kriegsausweitung — Zuerst soll Bulgarien überrannt werden!

Amsterdam, 5. April. Der „Daily Sketch" verfügt über einen militärischen Mitarbeiter, der offenbar besonders gut über die Vorgänge hinter den Kulissen in London orientiert ist. Er veröffentlicht einen Aufsatz, wie der „bevorstehende Krieg auf dem Balkan" geführt werden soll. Ohne von irgendeinem Skrupel belastet zu sein, führt dieser ehrenwerte Herr aus, daß man von der Türkei aus und unter Benutzung des griechischen Hafens von Saloniki zunächst Bulgarien angreifen müsse, obwohl „der bulgarische Widerstand" vermutlich nur durch Gewalt gebrochen werden könne". „Die Anwendung von Gewalt sei aber nötig, weil England nicht mehr lange warten könne".

Selbstverständlich würde die Türkei ohne weiteres die Durchfahrt durch die Dardanellen öffnen, zumal, wenn die Weygand-Armee die Ernsthaftigkeit des Londoner Willens durch entsprechende Handlungen zu erkennen gebe. (!)

Der „Daily Sketch" muß es ja wissen!

Professor Bruns über die plutokratischen Kriegsziele

Vertreter der neutralen Weltpresse von deutscher sachverständiger Seite über die chaotischen Auswirkungen einer Zerstückelung der Reichseinheit unterrichtet

Berlin, 5. April. Vor Berliner Vertretern der neutralen Weltpresse wies Ministerialrat Professor Dr. Börner, der Leiter der Abteilung Auslandspresse in der Presseabteilung der Reichsregierung, am Donnerstagabend auf die chaotische Auswirkung der Pläne einer europäischen Neugliederung hin, wie sie von den Westmächten gehegt werden und durch die photographische Veröffentlichung der Pariser Zeitschrift „Illustration" bekannt geworden sind. Anschließend gab er dem als internationaler Kapazität anerkannten Völkerrechtsgelehrten Professor Dr. Bruns das Wort, der zu dieser Frage u. a. wie folgt Stellung nahm:

Die von der Zeitschrift „Illustration" auf der Umschlagseite ihrer Ausgabe vom 16. März veröffentlichte Photographie einer Landkarte des nach Kriegsende zu organisierenden Europa lasse erkennen, daß die Westmächte die Zertrümmerung des Reiches anstrebten, um sich eine bevölkerungsmäßige Ueberlegenheit gegenüber dem erhofften Recht Deutschlands zu sichern. Die auf der Photographie erkennbare Einzeichnung einer Mainlinie lasse vermuten, daß den Urhebern der neuen Vergewaltigung Europas die Schaffung eines süddeutschen internationalen Staates in der geographischen Mitte des Kontinents vorschwebe, der offensichtlich unter französische Aufsicht gestellt werden solle. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches als Hauptziel der territorialen Neugliederung Europas stelle die Wiederaufnahme eines alten französischen Traumes dar. Professor Bruns unterstrich, daß derartige französische Wünsche, die im westfälischen Frieden ihren destruktiven Niederschlag fanden, bereits im 12. Jahrhundert aufgetaucht seien. Auch der erste Verfechter eines Völkerbundsgedankens, der Franzose Pierre Dubois, habe im Jahre 1308 erklärt, daß jede deutsche Reichseinigung den französischen Hegemonieplänen entgegenstehe. Die französische Politik nach 1648 bis zur Gegenwart stelle sich als eine konsequente Verfolgung des Zieles der Verhinderung oder Zerschlagung einer deutschen Reichseinheit dar. Die jetzt bekannt gewordene Landkarte sei ein aktuelles Beweisstück dafür. Indessen müsse sich die Welt darüber im klaren sein, daß die nach der Ueberwindung des Versailler Diktates durch die nationalsozialistische Bewegung geschaffene und festbegründete Reichseinheit niemals künstlich wieder zerstört werden könne.

Tagung des Obersten Sowjets beendet

Moskau, 5. April. Mit einer letzten Sitzung des Nationalrates fand Donnerstag abend die 6. Session des Obersten Sowjets im Moskauer Kreml nach siebentägiger Dauer ihren Abschluß. Den Höhepunkt dieser Session bildete bekanntlich die große außenpolitische Rede, die der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare und Außenkommissar Molotow bereits am Eröffnungstage vor dem Obersten Sowjet hielt und in der er fest und klar die außenpolitische Linie abzeichnete, die die Sowjetunion in der jetzigen Weltlage einzuhalten bestrebt ist: Aufrechterhaltung und Vertiefung der politischen Freundschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland auf der einen Seite und weitere Wachsamkeit gegenüber den Machenschaften und Intrigen der englisch-französischen Kriegsbrandstifter auf der anderen. Die militärische Bereitschaftsstellung der Sowjetunion kommt vor allem in den 57 Milliarden Rubel, d. h. fast ein Drittel des Staatshaushaltes, betragenden sowjetischen Militärbudget zum Ausdruck, das im Rahmen der Staatshaushaltdebatte des Obersten Sowjets ohne jede Diskussion einstimmig angenommen worden ist. Durch die Vereinigung Sowjetkareliens mit den durch den sowjet-finnischen Friedensvertrag neuerworbenen Gebiete und ihre Erhebung zu einer Karelisch-Finnischen Bundesrepublik, hat schließlich der Oberste Sowjet den Schlußstrich unter eine politische Entwicklung im Norden Europas gezogen, die den von dem Westen geschürten Kriegsherd in Finnland endgültig aus der Welt schafft und der Sowjetunion den Frieden an ihrer nordwestlichen Grenze sicherstellt.

Deutscher Stoßtrupp hob feindlichen Stützpunkt aus

Berlin, 5. 4. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

Im Westen hob ein Stoßtrupp einen feindlichen Stützpunkt im Grenzgebiet südwestlich Saarlautern aus. Die feindlichen Verluste betrugen etwa 15 Tote.

Im übrigen keine besonderen Ereignisse.

USA-Armeehaushalt vom Repräsentantenhaus angenommen

Washington, 5. 4. Das Repräsentantenhaus nahm die Armeehaushaltsvorlage an, die für das nächste Rechnungsjahr 784,9 Mill. Dollar bewilligt. Das sind 68,3 weniger, als Roosevelt anforderte, und 65,4 weniger, als der Kongreß für das laufende Rechnungsjahr bewilligte. Die Vorlage, die nunmehr an den Senat weitergeht, sieht u. a. 103,7 Mill. Dollar für Ausrüstung der Bundesarmee und Nationalgarde vor einschließlich 12 Mill. für Küstengeschütze, ferner 165,7 Mill. für die Luftwaffe.

Neuer japanischer Protest in London

Amsterdam, 5. 4. Wie von zuverlässiger Seite aus London verlautet, hat Japan bei der britischen Regierung gegen die Untersuchung japanischer Postsendungen und gegen die britische Konterbandekontrolle des japanischen Handels Schritte unternommen.

Kabinettsumbildung bringt Verschärfung der britischen Kriegspolitik

Moskau zur Machterweiterung Churchills

Moskau, 5. April. Die Umbildung der englischen Regierung wird in hiesigen politischen Kreisen stark beachtet und in Zusammenhang gebracht mit den bisherigen Mißerfolgen der britischen Kriegspolitik. Wie man hier betont, weise die Betrauung Churchills mit dem Vorsitz im Obersten Kriegskomitee darauf hin, daß die Methoden der britischen Kriegspolitik aufs neue verschärft werden sollen. Churchills Reputation als ein rücksichtsloser Vertreter der Pläne zur Erweiterung des Kriegsschauplatzes auf Kosten der neutralen Staaten werde sich, wie man hier annimmt, aufs neue „bewähren".

Deutschland hat kein Interesse an Kriegsausweitung

Stockholm, 5. April. Der militärpolitische Mitarbeiter von „Aftonbladet" stellt in einem Artikel über die Blockade der Westmächte und die Lage Skandinaviens fest, daß Deutschland kein Interesse daran habe, einen Kriegsschauplatz im Norden zu schaffen. Die von französischen Zeitungen ausgemalten Möglichkeiten für einen Marinevorstoß in die Ostsee bezeichnet der militärpolitische Mitarbeiter des Blattes als absurd.

„Nya Daglight Allehanda" stellt unter Hinweis auf die letzte Chamberlain-Rede und die Kabinettsumbildung in London fest, daß die Gefahr für die Neutralen automatisch wachse, wenn, wie man erwarten müsse, die Kriegsführung verschärft würde.

„Feuertaufe" staatspolitisch und künstlerisch wertvoll

Berlin, 5. April. Der Film vom Einsatz der deutschen Luftwaffe in Polen „Feuertaufe", der im Auftrage des Reichsluftfahrtministeriums von der Tobis betreut wurde, ist mit folgenden Prädikaten ausgezeichnet worden: Staatspolitisch wertvoll, künstlerisch wertvoll, volksbildend, Lehrfilm und zur Vorführung vor Jugendlichen und an allen Feiertagen freigegeben.

Englands Schiffsraum

Bereits über 10 Prozent Handelstonnage verloren

Rom, 5. April. Entgegen den Reklameangaben der Engländer über den ihnen angeblich zur Verfügung stehenden Schiffsraum stellt ein Marinefachverständiger des „Giornale d'Italia" fest, daß Großbritannien in Wirklichkeit bei Beginn des Krieges nicht einmal 10 Millionen Bruttoregistertonnen verwendbaren Schiffsraumes zur Verfügung hatte. Inzwischen habe es mehr als eine Million Bruttoregistertonnen durch die deutsche See- und Luftkriegführung verloren, also bereits 10 Prozent. Wenn England aber heute aus propagandistischen Gründen behaupte, daß diese Verluste durch Neubauten sofort ersetzt werden könnten, so sei auch diese Angabe unrichtig, da heute die englischen Werften zu 70 Prozent für die englische Kriegsmarine beschäftigt seien, so daß nur 30 Prozent für den Bau von Handelsschiffen zur Verfügung ständen. Diese Tatsachen seien übrigens vom Abgeordneten Shinwell im Unterhaus mitgeteilt worden, der dabei sehr richtig bemerkt habe, daß, wenn man einmal die Vorherrschaft zur See verliere, man sie nicht mehr so leicht zurückgewinnen könne.

700 Häuser stürzten bei Neusatz ein

Schwere Folgen der Ueberschwemmungen

Belgrad, 5. 4. Die Ueberschwemmungskatastrophe in den Gebieten nördlich der Donau und Save nimmt immer größeren Umfang an. In der Hauptstadt des Banats, Petrovgrad, sind über 60 Häuser eingestürzt. Der Dammbruch bei Neusatz brachte 700 Häuser zum Einsturz, wodurch 10 000 Menschen obdachlos geworden sind.

Die Ausbildung zum nationalsozialistischen Beamten

Neue Ausbildungsordnung für den Gemeindedienst

Berlin, 5. April. Der Reichsinnenminister hat eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen und mittleren Dienstes in der Gemeindeverwaltung erlassen und damit auch die Ausbildung im Gemeindedienst einheitlich für das Großdeutsche Reich geregelt. Unter Wahrung der Personalhoheit der Gemeinden bringt die Ausbildungsordnung eine Anpassung an die Regelung für den Staatsdienst.

Als Zivilanwärter für den gehobenen Gemeindedienst können Bewerber zugelassen werden, die der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehören, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten erfüllen, das Abschlußzeugnis einer anerkannten Mittelschule oder des Aufbauzuges an einer Volksschule besitzen und die deutsche Kurzschrift beherrschen. Die Bewerber sollen bei ihrer Vormerkung nicht älter als 18 Jahre sein. Militäranwärter, Anwärter des Reichsarbeitsdienstes und Versorgungsanwärter müssen neben der Beherrschung der Kurzschrift das Zeugnis einer Wehrmachtfachschule für Verwaltung oder einer gleichwertigen Prüfung nachweisen. Weiter sind als Anwärter Gemeindebeamten des mittleren Dienstes zugelassen. Zivilanwärter werden im April und Oktober, Militäranwärter usw. im Oktober einberufen. Die Ausbildungsrichtlinien besagen u. a., den Anwärtern müsse eingeprägt werden, daß sie bei Erfüllung ihrer Amtspflichten dem Volksgenossen, mit dem sie zu tun haben, helfen sollen und ihn, bei aller Bestimmtheit des Auftretens, verständnisvoll und freundlich zu behandeln haben. Als Lehrzeit sind zwei Jahre vorgesehen. In dieser Zeit werden im ersten Dienstjahr monatlich 50 RM., im zweiten 60 RM. als Nettobeträge gezahlt. Nach erfolgreicher Lehrzeit erfolgt die Berufung in das Beamtenverhältnis als Inspektoranwärter. Daran schließt sich eine Vorbereitungszeit von in der Regel drei Jahren, die sich aus der praktischen Ausbildung und dem Besuch der Deutschen Gemeindeverwaltungs- und Sparkassenschule zusammensetzt.

Die gleichzeitig ergangene Ordnung für den mittleren Dienst in der Gemeindeverwaltung bestimmt, daß als Zivilanwärter in erster Linie bewährte Gemeindeangestellte in Frage kommen, die die deutsche Volksschule mit gutem Erfolg besucht haben. Bewerber, die ihrer aktiven Dienstpflicht genügt haben und Kinder aus kinderreichen Familien erhalten den Vorrang. Die Vorbereitungszeit für den mittleren Dienst beträgt ein Jahr. Nach der Prüfung wird der Anwärter Assistent. Zivilanwärter müssen vor der planmäßigen Anstellung eine außerplanmäßige Dienstzeit von mindestens drei Jahren ableisten.